

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Postfach Nr. 14309 Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

**Inhalt:** Zur Monopolfrage. — Unser Verband am Schlusse des 31. Kriegsmonats. — Stand unserer Organisation am 1. März 1917. — Größere gewerkschaftliche Aufgaben. — Regelung der Kriegsverletzten-Fürsorge der einzelnen Städte im Gau Düsseldorf. — Abrechnung der Hauptkasse vom 4. Quartal 1916. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Gewerkschaften. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Lotterieliste des Verbandes.

## Zur Monopolfrage.

Die hohe Bedeutung der zukünftigen Gestaltung Deutschlands in bezug auf die Monopolfrage rechtfertigt eine eingehende und gründliche Betrachtung von allen Seiten. Wir haben in Nr. 10 der „Gewerkschaft“ Stellung zu dem neuerlich erschienenen Buche „Monopolfrage und Arbeiterklasse“ genommen.

Heute möchten wir aus unserem engeren Erfahrungskreis den städtischen Monopolindustrien — ein paar Tatsachen herausheben, die den Monopolgegnern oder auch den Verzögerern auf dem Gebiete der Verstaatlichung ihre schwinbar wichtigen Argumente aus der Hand schlagen.

Zunächst muß aber betont werden, daß sich die städtischen Monopolindustrien, wie Gas, Elektrizität, Wasserversorgung und andere nur dem Grade nach (d. h. der Größe) von den staatlichen Monopolen unterscheiden. Im Prinzip besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen einem städtischen Elektrizitätswerk (das außer eigenen städtischen Kraftstationen, Beleuchtung usw. auch erhebliche Mengen Elektrizität an Private herab zu Verleuchtungs- und Kraftzwecken) und dem staatlichen Elektrizitätsmonopol. Wohl können die Dimensionen der staatlichen Monopole erheblich größer sein, ebenso die räumliche Umfassung. Es lassen sich auch sonst eine ganze Reihe geistlicher, rechtlicher und politischer Verschiedenheiten aufweisen. Von all diesem wird aber weder Prinzip, volkswirtschaftliche Wirkung noch die Stellung der Arbeiter erheblich berührt.

Nehmen wir einmal als Beispiel die ausgedehnteste städtische Monopolindustrie: die Gaswerke.

Zwar bestand vor Kriegsansbruch noch eine größere erprobte enalische Gesellschaft (Imperial Continental Gas Association) mit altbewährten Privilegien. Aber damit hat nun der Krieg glänzend aufgehört. Die einzelnen „Toblergesellschaften“ sind teils unter staatliche Kontrolle gestellt, teils den städtischen Gaswerken der jeweiligen Orte angegliedert. In Teffian und einigen anderen Orten besteht eine andere private Gasgesellschaft, die wohl voreis nicht eingehen wird. Aber ganz allgemein haben die größeren deutschen Städte den eigenen wie privaten Gasbedarf in eigener Regie.

Und da irrnat vor allem als wichtigstes in die Augen, daß die Gasanstalten der Großstädte sozialagen die finanziellen Klausreißer geworden sind. Millionen über schüße

brachten die Gaswerke trotz fortidreitender Verbilligung des Gases, dem nun freilich der Weltkrieg vorerst ein Ende bereitet hat.

Alle Befürchtungen über die Verlangsamung technischer Fortschritte bei Monopolbetrieben sind durch die glänzende technische Entwicklung der Gasindustrie widerlegt. Der Verein von Gas- und Wasserfachmännern (meist städtische Beamte: Direktoren, Techniker usw.) hat in bewundernswürdiger planmäßiger Arbeit es ermöglicht, der vorerst privat betriebenen Elektrizitätsindustrie zum mindesten auf dem Gebiete der Verleuchtung erfolgreich Konkurrenz zu machen. Ja, selbst für Heiz- und Kraftzwecke wurde das „technische Gas“ in den letzten Jahren ein immer stärkerer Konkurrenzmittel.

Wir wollen hier nicht das ganze schwierige technische Problem in seinen Einzelheiten aufrollen. Aber soviel mag doch noch angedeutet werden, die Nebenprodukte der Gasindustrie begannen in den letzten Friedensjahren einen förmlichen Siegeszug über den Erdball. Es sei nur an die Zeerfarbenindustrie und die Fabrikation wichtiger moderner Heilmittel aus Teerprodukten erinnert. Hierbei muß allerdings bedauernd eingeschaltet werden, daß sich die Gemeinden jahrelang die Nebenprodukte dieser Industrien anzuwenden ließen, indem sie ihr Rohmaterial den privaten Industrien (Farb-, Teer- und Heilmittelindustrie) zur Ausbeutung überließen. Einige Anläge zur direkten gemeindlichen Verwertung und Verarbeitung sind da und werden nach dem Kriege wohl in rascherem Tempo weiter ausgebaut werden.

Reiben wir aber bei den monopolartigen Gasbetrieben der Gemeinden. Wie hat sich doch alles in rasch wechselnder Folge verändert: von der primitiven Horizontalöfenanlage über die Schrägöfen zu den riesigen modernen Kammeröfen. Von dem „Sandbetrieb“ des Koks- und Stahlfahrrens bis zu den modernen Patentöfenwerken, der stetten- und Hängebahn. Eine moderne Gasanstalt ist ein wahres Wunderwerk der Technik und vermag durchaus den Vergleich mit anderen privaten Großbetrieben (etwa der Metallindustrie) auszuhalten.

Gewiß trat zunächst auch die andere Korollarerscheinung ein: Ausdehnung der menschlichen Arbeitskraft, erhöhte Anforderungen an die technisch geschulten gelerntten oder angelernten Gasarbeiter. Zwölfstündenschicht mit 16 bis 20mündiger Bechicht war die Regel bei den Arbeitern — etwa dem Glend der heutigen privaten Walz- und Hüftenarbeiter vergleichbar.

Nachdem aber erst in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Organisation der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — selten Fuß gefaßt, konnte fast bei jedem technischen Fortschritt auch eine kleine oder größere Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in bezuglicher, materieller wie sozialer Beziehung durchgesetzt werden.

Es ließe fast die Geschichte unserer Organisation schreiben,

wollten wir hier all die Phasen aufzählen, die durchzumachen waren, um den Achtstundentag und die sonstigen Erwerbsleistungen durchzusetzen, wie es uns im Lauf der Jahre in fast allen größeren Gaswerken Deutschlands gelungen ist.

Nun liegt es uns natürlich sehr fern, alles „vorzüglich“ zu finden, was bis jetzt in dieser städtischen Monopoldindustrie für die Arbeiter geschehen ist. Aber die Anläufe zur freiesten Ausgestaltung des Koalitionsrechts sind vorhanden und die hygienischen und materiellen Erfolge können sich durchaus sehen lassen. Gewiß ist darum sehr mühevoll und viele Jahre lang gekämpft und gerungen worden.

Insbesondere hat auch die Bewertung der Arbeiterauschüsse einen großen Wandel erfahren. Einst waren sie nichts wie Beruhigungsinstanzen für die Arbeiter. Heute sind an vielen Orten unsere Arbeiterauschussmitglieder gleichzeitig die tüchtigsten, unerchrockensten Vertrauensmänner der Organisation. An manchen Orten werden auch die Gewerkschaftsvertreter regelmäßig zu den Sitzungen hinzugezogen, und das Bild der Organisationsbetätigung ähnelt sich im ganzen vielfach dem der bestqualifizierten Gewerbe mit Tarifverträgen usw.

Dabei standen wir vor dem Krieg sozusagen gerade am Anfang einer neuen Periode des Aufstiegs, und es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Organisation gleich nach Kriegsende mit verstärkter Kraft einziehen kann, da der Vertrauenskörper unserer Organisation sich vorzüglich ergänzt hat.

So möchten wir diesen kleinen Auszug aus der Entwicklungsgeschichte der Gasarbeiter (der sich ähnlich für die Wasserwerke usw. aufweisen ließe) dahin aufgefaßt wissen, daß wir keinen Augenblick an der Organisationsfähigkeit der Arbeiter der Monopoldindustrien zu verzweifeln brauchen. Das G. Kapital kann mit allen ihm eigenen Schikanen — wir nennen nur „Gelbe“ und „Wohlfahrts-einrichtungen“ — den Aufstieg der Organisation hemmen, aber nicht dauernd verhindern. Immerhin ist dieses Geminus vielfach stärker als es der Staat oder die Gemeinde anwenden könnte.

Dem Wirken unserer Organisation kam als beachtlicher Hilfsfaktor zuistatten die öffentliche Kritik durch Presse und sozialdemokratische Gemeindevertreter. Ganz ähnlich aber würden sich die Verhältnisse gestalten bei den Staatsmonopolen. Auch hier erwachsen der öffentlichen Kritik große, aber dankbare Aufgaben und die Reionanz der Landesparlamente wie des Reichstags kann die Wirkung nur verstärken.

So muß man auch aus diesen Gedankenreihen heraus zu dem zwingenden Schluß kommen, daß die staatlichen Monopole von der Arbeiterkraft als das kleinere Uebel (gemessen an der unausbleiblichen indirekten Steuer) anzuziehen sind. Daß ferner aber auch der Aufstieg der Arbeiter dieser Betriebe gewährleistet sein muß durch rechtliche und gesetzliche Bestimmungen. Die freie Betätigung der Arbeiterorganisation wird für den weiteren Fortschritt das übrige tun.

## Unser Verband am Schlusse des 31. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. März 1917.)

Es geht wieder vorwärts. Das ist es, was uns der diesmalige Monatsbericht besonders lehrt. Nach soviel Kriegsmonaten, nach soviel Widergelegenheit und Risikant muß dieser Fortschritt besonders belebend auf unsere Frühjahrsverbearbeit wirken. Nur einen bitteren Tropfen finden wir in dem Getränk, der Fortschritt verteilt sich auf 6 Gaue. Allen weit voran Posen. Ganz besonders hat aber im Februar Breslau zum Fortschritt beigetragen, 428 Mitglieder mehr mitteilt Breslau gegenüber seinem Mitgliederbestand im Januar. Gerade der diesmalige Fortschritt von 463 Mitgliedern wird den Kollegen allerorts ein Ansporn sein, um auch für ihren Ort herauszuholen, was eben möglich ist. Der Monat Februar brachte uns also einen Fortschritt von 9,8 Prozent gegenüber einem Rückgang von 0,7 im Januar, und das, trotzdem die Zahl der Einberufenen sich um 297 vermehrte. Die Zahl der Einberufenen beträgt nun 28981. Hoffen wir, daß immer mehr Gaue nach rechts in die „Zunahme-Kubrit“ rücken. Dafür zu sorgen, ist und muß Hauptaufgabe unserer Kollegen sein. Denn auf die Dauer kann es nicht angehen, daß 6 Gaue das weit machen, was 13 Gaue an Mitgliedern abnehmen. Vorwärts in allen Gauen muß die Parole sein.

Die Zahl der Kriegerfrauen ist von 21436 auf 21711 gestiegen. Zu denken gibt auch die Zahl der Kinder. Denn auch bei unseren Kollegen bezieht das Zweifinder-System, wie die Statistik zeigt. Näheres darüber zu sagen, muß einer späteren Zeit vorbehalten sein. Nur soviel sei heute gesagt, ausschlaggebend wird die schlechte wirtschaftliche Lage sein.

Die Zahl unserer Toten hat wieder um 37 zugenommen und beträgt jetzt 2061.

Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen Januar gleichgeblieben und betrug 141, davon 47 männlich und 94 weiblich.

Rückführung bezogen von den 141 Arbeitslosen 43, im Betrag von 715,30 Mk.

Ganz gewaltig ist die Summe in die Höhe gegangen, die für Krankenunterstützung ausgegeben wurde. Im Januar waren es 11771,25 Mk., im Februar aber 22819,20 Mk. Also eine Zunahme von 8041,85 Mk. In diesen Zahlen drückt sich die Sorge um tägliche Brot deutlich genug aus.

Dan bei solchen hohen Rückführungsummen ein Kriegszuschlag zu den Beiträgen notwendig ist, muß jedem einleuchten.

Die Sterbeunterstützung ist zurückgegangen. Die Gesamtsumme, die auf Seiten der Hauptkasse ausgezahlt wurde, ist aber im Februar gegen Januar um 6749,85 Mk. gestiegen und betrug 29544,95 Mk.

Anschließend die übliche vergleichende Zusammenstellung:

Aufnahmetag	Mitglieder am		Zu- oder abnahme	Summ. Mittelverbr. gegen	Angehörige der		St. deutsche
	Schlus des II. Qu. 1914	Zunahme- tag (Rubrit)			Eingegangenen	St. deutsche	
15. August 14.	54822	41952	1913	10651	8517	18001	531
31.	54822	40589	2460	11473	9296	18215	727
15. September.	54522	37845	2842	14035	10692	20817	575
30.	54522	37174	2779	14569	11508	22117	511
15. Oktober.	54522	36994	2494	15044	11821	22730	459
31.	54522	36455	2805	15262	12099	23347	462
30. November.	54522	36092	2883	15547	12478	23967	460
31. Dezember.	54522	34850	3600	16012	12404	24070	523
31. Januar 15.	54522	34333	3627	16562	12909	24631	421
28. Februar.	54522	33585	3461	17476	13576	25975	317
31. März.	54522	31931	3365	19296	14796	27893	201
30. April.	54522	31046	2968	20608	15721	30588	82
31. Mai.	54522	30322	3075	21125	16102	31782	67
30. Juni.	54522	29207	3345	21970	16703	32677	72
31. Juli.	54522	28382	3041	22799	17294	34034	90
31. August.	54522	28300	2745	23477	17808	34979	61
30. September.	54522	27844	2634	24044	18137	36300	77
31. Oktober.	54522	27349	2657	24516	18600	36667	53
30. November.	54522	27184	2361	24977	19017	37435	85
31. Dezember.	54522	26805	2513	25401	19294	37759	232
31. Januar 16.	54522	26698	2331	25605	19317	37775	160
29. Februar.	54522	27056	1893	25573	19294	36805	158
31. März.	54522	26800	1985	25937	19662	37714	158
30. April.	54522	26864	1610	26048	19672	37883	74
31. Mai.	54522	27021	1228	26278	19788	37992	72
30. Juni.	54522	27013	1116	26303	20098	38434	56
31. Juli.	54522	26761	1264	26503	20130	38535	72
31. August.	54522	26790	944	26788	20380	39096	43
30. September.	54522	26190	1025	27807	20846	40154	59
31. Oktober.	54522	26192	849	27481	20906	40293	63
30. November.	54522	25972	491	28059	21118	41363	81
31. Dezember.	54522	25584	645	28291	21500	41543	131
31. Januar 17.	54522	25455	389	28684	21430	41909	141
28. Februar.	54522	26004	-463	28981	21714	42123	141

\* Zunahme.

Stand unserer Organisation am 1. März 1917.

Quartale Nr.	G a u	Mitgliederzahl am		Mitglieder		Summe der eingezogenen	Eingebörige der Eingezogenen		Arbeitslose		Som 1 bis 28. Februar 1917 auf Stellen, der Hauptklasse aufgegebenen Unterstellungen				Gesamtsumme					
		Schluß des II. Qu. 1914	28. Febr. 1917	Abnahme	Zunahme		Frauen	Männer	Gesamt	Davon erhalt. Unterst. fähig	an Arbeitslose		an Strafen		an Straf- u. Verhaftungs- unricht.		Gesamtsumme	Nr.	St.	
											Nr.	St.	Nr.	St.	Nr.	St.				
1	Augsburg	786	356	118	—	317	221	463	1	1	18	—	460	—	—	—	—	—	478	—
2	Berlin	9619	5062	—	1936	6603	4520	9025	28	8	101	75	3321	50	1180	—	—	—	366	25
3	Brandenburg	1022	474	74	—	474	390	691	2	—	—	—	366	25	—	—	—	—	4603	25
4	Bremen	2670	1035	804	—	1881	898	1877	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	366	25
5	Breslau	1360	1224	—	772	908	754	1667	35	8	18	75	518	75	115	—	—	—	642	50
6	Dresden	3381	1646	—	23	1758	1428	2641	1	1	18	50	2068	75	1240	75	—	—	477	50
7	Düsseldorf	2459	873	307	—	1279	871	1552	—	—	—	—	898	—	175	—	—	—	3928	—
8	Frankfurt a. M.	3109	1614	—	307	1802	1466	3108	5	1	25	—	1763	75	665	—	—	—	1073	—
9	Hamburg	7075	3202	—	239	4112	2860	4954	4	2	56	25	2754	25	1075	—	—	—	2455	75
10	Hannover	1171	514	86	—	571	484	1050	10	2	17	—	472	25	80	—	—	—	3885	50
11	Münchberg	1162	272	169	—	721	598	1242	2	1	20	—	177	25	—	—	—	—	519	25
12	Leipzig	3172	1411	210	—	1551	1281	2593	7	6	114	25	2105	50	825	—	—	—	197	25
13	Lübeck	1596	852	—	5	749	618	1278	17	10	78	75	835	25	250	—	—	—	2544	75
14	Magdeburg	1409	770	87	—	642	460	774	1	—	5	—	692	50	—	—	—	—	1159	—
15	Mannheim	3326	1467	195	—	1664	1113	2300	—	—	—	—	1277	—	90	—	—	—	697	50
16	München	3368	2128	63	—	1177	898	2256	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1367	—
17	Nürnberg	2618	977	398	—	1353	1088	2166	—	—	46	—	2185	75	67	50	—	—	2249	25
18	Strasbourg/G.	1909	612	529	—	768	664	1482	—	—	8	50	997	20	230	—	—	—	1280	70
19	Stuttgart	2903	1394	241	—	1273	1043	2211	3	8	—	—	317	—	157	—	—	—	474	—
20	Eingelmitglieder	312	181	53	—	128	89	51	22	2	26	25	1052	75	300	—	—	—	1375	25
		54522	26004	2819	3282	28981	21714	42123	141	43	715	50	22819	20	6010	25	—	—	29544	95

+ 463

Größere gewerkschaftliche Aufgaben.

Verschiedene Konferenzen der Ententemächte haben sich mit dem Plan beschäftigt, Deutschland und die mit ihm verbündeten Länder auch nach der Beendigung des Krieges wirtschaftlich zu bekämpfen. Das Ziel soll erreicht werden durch engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der gegenwärtigen Mächtegruppe, der Deutschlands Handel aus dem gesamten Bereich ihres Einflusses nach Möglichkeit ausschließt. Kurz: die Mittelmächte sollen in erheblichem Maße vom Weltmarkt abgeschnitten bleiben. Die Gesetze und Bestimmungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise erlauben es nicht, daß sich solche Pläne vollständig verwirklichen lassen. Unbekümmert um Beschlüsse und Anregungen, die angestreblichen Stimmungen und schließlich den Interessen kleiner Kapitalistengruppen entspringen, wird sich das internationale Kapital nach dem Kriege bei seinen Maßnahmen, bei der Anknüpfung der durch den Krieg zerrissenen Handelsbeziehungen vorwiegend von Vorteilsbeträgungen bestimmen lassen. Soweit sie nicht in Gegensatz stehen zu den Bestrebungen der Ententewirtschaftskonferenzen, kommen diese wohl zur Geltung. Zudem hat der Krieg zwischen den Ländern der Entente eine Summe von neuen wirtschaftlichen Beziehungen geschaffen, die gewiß nach dem Kriege, wenigstens zum Teil, Bestand behalten.

Schon diese Tatsache allein wird als Gegenwirkung auch einen engeren Zusammenschluß der Mittelmächte auf wirtschaftlichem Gebiete in Folge haben. Für die Kriegszeit hat die Not der Verhältnisse das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei obnehin sozusagen zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen. Um so mehr kann damit gerechnet werden, daß diese Länder dauernd die Handels- und wirtschaftspolitische Gemeinschaft pflegen werden.

Die politische Bedeutung dieser Entwicklung haben wir hier nicht zu erörtern; anders steht es mit ihren sozialen Auswirkungen. Diese berühren in starkem Maße die Arbeiter in ihrem Verhältnis zum Unternehmertum und in bezug auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Insofern handelt es sich um eine außerordentlich wichtige gewerkschaftliche Angelegenheit. Weil sie die Organisationen vor neue wichtige Aufgaben stellt, ist es notwendig, sich mit ihr zu beschäftigen.

Der enger wirtschaftliche Zusammenschluß bringt die Kapitalbesitzer auch als Unternehmer in eine einheitlichere Front gegen die Arbeiterkraft, verstärkt somit ihre Macht bei der Austragung von Gegensätzen. Vor dem Kriege schon wurden Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern immer mehr eine Angelegenheit des sich solidarisch erklärenden, gut organisierten Unternehmertums gegen die Gesamtarbeiterschaft. Besonders die Großindustrie trat meistens geschlossen auf, wenn auf einem Orte oder in einem Industriezweige Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit in offenen

Kampf auszubringen drohten oder zu einem Streik geführt hatten. Nun ist damit zu rechnen, daß der engere Zusammenschluß des Unternehmertums der Mittelmächte diese Entwicklung in dem Ausmaß sozialer Konflikte noch weiter fördert, sie auf die erweiterte Grundlage eines größeren Wirtschaftsgebietes stellt. Damit erwacht dem Unternehmertum nicht nur ein organisatorischer, in stärkerem Maße vielmehr auch ein sozialer Machtzuwachs, der ihre Schlagkraft unvergleichlich steigert.

Die soziale Lage der Arbeiter, die Höhe ihrer Lebenshaltung in den Ländern der Mittelmächte ist sehr verschieden. Ohne Widerspruch erwarten zu müssen, kann man sagen: in dieser Beziehung hat die bei uns ausgebildete Sozialpolitik die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den mit uns verbündeten Ländern unzureichend schlechter als in Deutschland. Hier ist auch die industrielle Entwicklung am weitesten vorgeschritten und hier kam es bisher bereits zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Bei einer Reihe von sozialen Kämpfen zwischen deutschen Gewerkschaften und Unternehmern holten diese schon vor dem Kriege aus dem nun verbündeten Ausland Truppen von Arbeitswilligen heran, um mit ihrer Hilfe die einheimischen Arbeiter bedingungslos unter ihren Willen zu zwingen. Solche Vorgänge sind vornehmlich aus dem Baugewerbe, dem Bergbau und dem Druckgewerbe bekannt geworden. Es haben auch schon Gemeindevorkämpfer sich herangezogen ausländischer Arbeiter bedient, wenn es darauf ankam, gewerkschaftliche Bestrebungen auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse niederzuschlagen.

In Ländern mit schwacher Industrie und einem Ueberschuß an Arbeitskräften, wo zudem die Lohnverhältnisse viel schlechter sind als in Deutschland und wo von Sozialpolitik wenig zu spüren ist, wird man stets Scharen von Arbeitern aufreiben können, die geneigt sind, unter Bedingungen, die für sie einen sozialen Aufstieg bedeuten, Dienste als Arbeitswillige zu leisten. Das um so eher, wenn infolge des Fehlens gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit das Solidaritätsbewußtsein noch nicht geweckt worden ist, was ja in den industriell unentwickelten Ländern leider zutrifft. Zu diesen Voraussetzungen der Heranführung von großen Arbeitswilligenstruppen kommt die weitere des engeren Zusammenschlusses der kapitalistisch interessierten Kreise in den Ländern der Mittelmächte. Man hat sogar damit zu rechnen, daß die Unternehmer die für sie günstiger gewordene Gelegenheit nicht bloß bei Streiksituationen gegen die Arbeiter ausnützen, daß sie vielmehr ganz planmäßig aus den rückständigen Gegenden, die naturgemäß die bedürfnislosesten und willigsten Arbeitsträfte liefern können, große Scharen heranziehen, um dadurch einen allgemeinen Druck auf die Lohnverhältnisse ausüben zu können. Vorbilder zu solcher Politik hat das Unternehmert-

tum im Kohlenbergbau und im Baugewerbe längst schon geliefert. Die rheinisch-westfälischen Bergherren haben für eingeführte Arbeiter besondere Wohnkolonien errichtet. In diesen werden die fremden Arbeitskräfte untergebracht, um sie von der Verbindung mit den Einheimischen und mit der Arbeiterbewegung fernzuhalten, damit sie aus den Tiefen der Bedürfnislosigkeit und Willenlosigkeit nicht herausföhren.

Das Kapital hat zudem noch ein anderes Mittel, um die Erzeugungskosten zum Nachteil der Arbeitskraft herabzumindern. Es kann mancherlei Industriezweige nach dorthin verlegen, wo es die billigsten Arbeitskräfte vorfindet. In der Rückwirkung drücken die auf solche Weise ermäßigten Selbstkosten der Unternehmer auch wieder auf die Löhne in anderen Gebieten. Ähnliche Verhältnisse haben wir in der Textilindustrie und in der Spielwarenherstellung. Sehr niedrige Löhne in anderen Ländern erweisen sich als ein starkes Demeritis für die Erlangung besserer Arbeitsbedingungen in Deutschland.

Man darf sich nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß das Unternehmertum mit Rücksicht auf den deutschen Arbeiter an kein Heranholen von Lohnrüdergardien und an keine Verlegung der Industrien denke. Die schon bisher gemachten Erfahrungen müssen vor solchem bequemem Irrwahn schützen. Für die Folge kommt hinzu, daß nach dem Kriege der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt mit sehr verschärfter Deftigkeit entbrennen wird, was die Unternehmer veranlaßt, alle Möglichkeiten auszunutzen, die eine Ermäßigung der Selbstkosten in Aussicht stellen.

Mit solchen Tatsachen hat sich die Arbeiterchaft abzufinden. Sie muß danach ihr Verhalten einrichten. Es bedarf keiner großen Ueberlegung, um zu erkennen, daß die neuen Verhältnisse die Arbeiter vor größere Aufgaben stellen, die sie mit ihren wirtschaftlichen Organisationen zu lösen haben. Zwischen den Organisationen der in Betracht kommenden Länder muß ein engerer Zusammenschluß, ein Handhabbarwerden herbeigeföhrt werden. Dadurch ist den Bestrebungen der Unternehmer entgegenzuwirken. Eine großzügige Ausklärungsarbeit ist notwendig, die vor allem in die noch rückständigen Gegenden eindringt, um hier die Arbeiter zu unterrichten, ihr Solidaritätsgefühl zu entwickeln, sie dahin zu bringen, daß sie ihre Bedürfnisse steigern, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Einführung der bei uns wirksamen sozialpolitischen Gesetze auch für sich in ihrem Lande verlangen.

Das ist eine Riesenaufgabe. Sie erfordert Geschick, viel Anstrengung und große Opfer. Es liegt auf der Hand, daß bei dieser Arbeit die größte Last von den deutschen Gewerkschaften getragen werden muß. Sie muß getragen werden im Interesse der deutschen Arbeiter selbst. Die notwendige Arbeit kann jedoch nur geleistet werden, wenn die deutschen Arbeiter, in der richtigen Erkenntnis der ihnen durch die geschichtliche Entwicklung gestellten Aufgabe, durch den Ausbau und die Stärkung ihrer Organisationen diesen die Mittel und die Kraft zur Verfügung stellen, die zur Erreichung des gesteckten Zieles unerlässlich sind.

## Regelung der Kriegsverletzten-Fürsorge der einzelnen Städte im Gau Düsseldorf.

In Nr. 7 der „Gewerkschaft“ hatten wir schon einige Schriftstücke zur Kriegsberleptenfürsorge gegeben. Heute wollen wir nun die Bestimmungen zur Veröffentlichung bringen, die dem Gaubureau zugesandt worden sind. Mit Ausnahme von Köln, hatten wir in allen Städten die dort Vorstand herausgegebenen Grundsätze den Stadtverwaltungen unterbreitet. Am 18. März antwortete Essen:

„Unter Bezugnahme auf die von Ihnen eingereichten Grundsätze für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen kriegsgefallener städtischer Arbeiter durch die Gemeinden teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die von Ihnen gemachten Vorschläge bei der hiesigen Verwaltung bereits Anwendung finden. Bezüglich des § 5 der Grundsätze muß die Verwaltung es ablehnen, die von Ihnen gewünschte paritätische Kommission einzusetzen. Der hier bestehende städtische Arbeiterausschuß ist der Aufgabe, eine feste Föhlung und Verständigung mit der Verwaltung zu unterhalten, durchaus gewachsen.“

(Unterschrift.)

Die Verwaltung Essen ist insoweit noch über unseren Antrag hinausgegangen, als eine einjährige Beschäftigung nicht in Frage kommt. An jeden, gleichviel wie lange er bei der Stadt beschäftigt war, wird die Unterstützung gezahlt.

Am 5. Mai sandte uns die Stadtverwaltung Darmen die Bestimmungen. Sie lauten:

„Schon im Juli 1913 ist hier wegen der Punkte 1 und 2 der Grundsätze folgendes veranlaßt worden:

Die kriegsbeschädigten städtischen Arbeiter werden, soweit irgend möglich, wieder in städtischen Dienst aufgenommen und möglichst auch ihrer früheren Berufsarbeit wieder zugeführt. Wo letzteres wegen der Art der Kriegsbeschädigung oder wegen Verminderung der Arbeitsfähigkeit nicht anmöglich ist, werden die betreffenden Arbeiter mit anderen, ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Arbeiten beschäftigt, wobei auf die Wünsche und Neigungen der Arbeiter Rücksicht genommen wird. Soweit sich hierzu in den bisherigen städtischen Betrieben keine Gelegenheit bietet, wird die Unterbringung der betreffenden Arbeiter in einem anderen städtischen Betriebe angestrebt. Die Höhe des Arbeitslohnes richtet sich in allen Fällen nach dem Grade der verbliebenen Arbeitsfähigkeit. Bei Festsetzung des Lohnes bleiben die dem Kriegsbeschädigten zustehenden Kriegsversorgungszulagen (Militärrente, Kriegszulage und Verhütungszulage) außer Betracht. In diesen wird darauf Bedacht genommen, daß Arbeiter mit verminderter Leistungsfähigkeit in der Regel einen Lohn erhalten, der unter Entrechnung der Militärrente ihrem früheren Lohn oder dem ihnen im Falle verminderter Arbeitsfähigkeit jeweils zustehenden Lohn mindestens gleichkommt. Das Gesamteinkommen eines Kriegsbeschädigten mit weniger als 100 Proz. Arbeitsfähigkeit muß sich also gegenüber demjenigen ihrer Mitarbeiter (nicht Kriegsbeschädigte) um den Betrag der Kriegszulage und einer etwaigen Verhütungszulage günstiger stellen. Beim Vorhandensein der vollen Leistungsfähigkeit wird der nach der Lohnliste zustehende oder sonst übliche Arbeitslohn voll gewährt, sofern nicht besondere Gründe, wie Krankheit, an gutem Willen, Arbeitsunlust usw., die Festsetzung eines niedrigeren Lohnes rechtfertigen. Wegen der anderen Punkte der Grundsätze kann einer Prüfung zur etwaigen Abänderung der hier bestehenden grundsätzlichen Bestimmungen während des Krieges nicht näher getreten werden, da es nicht ausgeschlossen ist, daß nach Beendigung des Krieges eine anderweitige Regelung der Militärversorgung Platz greifen wird, die bei Prüfung unserer Bestimmungen unbedingt berücksichtigt werden muß.“

Unter dem 30. Juni ging uns von der Stadtverwaltung Elberfeld folgendes Schreiben zu:

„Zu der Frage der kommunalen Versorgung kriegsbeschädigter Arbeiter und der Hinterbliebenen im Kriege gefallener städtischer Arbeiter kann endgültig erst nach endgültiger Regelung der gesetzlichen Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen durch Reich und Staat und sonstige öffentliche Korporation Stellung genommen werden. Einzuweisen ist diese Fürsorge für kriegsbeschädigte städtische Arbeiter und deren Hinterbliebenen von der Verwaltung wie folgt geregelt:

1. Die heimkehrenden kriegsbeschädigten Arbeiter oder Angestellten werden, soweit als irgend anmöglich, wieder in städtischen Betrieben beschäftigt. Dabei wird angestrebt, für jeden Invaliden die Beschäftigung zu ermöglichen, die ihm die beste Ausnutzung der ihm verbliebenen Arbeitskraft gestattet. Freiwerdende Stellen werden nach Möglichkeit für Kriegsbeschädigte vorgezogen und bereits für solche freigehalten. Die Kontrolle hierüber wird von mir persönlich ausgeübt.

2. Der Lohn des wiedereingestellten Arbeiters wird von Fall zu Fall nach Maßgabe seiner Verwendungsfähigkeit festgesetzt, wobei als maßgebender Gesichtspunkt gilt, daß der gezahlte Lohn und die dem Kriegsbeschädigten gewährte eigentliche Militärrente zusammen die Höhe seines vor dem Kriege bezogenen Lohnes erreichen sollen, daß aber etwaige Kriegszulage und Verhütungszulage auf keine Weise angerechnet werden, sondern monatlich daneben bezogen werden.

3. Die Gewährung von Ruhelohn an arbeitsunfähige Kriegsbeschädigte auch vor Erfüllung der vorgeschriebenen Wartezeit wird von Fall zu Fall in wohlwollender Weise in Erwägung gezogen und der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen.

4. Bezüglich der Gewährung von Hinterbliebenenbezügen an die Hinterbliebenen der Gefallenen oder im Kriegsdienst gestorbenen Arbeiter oder Angestellten hat die Stadtverordnetenversammlung am 11. Januar d. J. wie folgt beschlossen:

a) die auf Grund der Stadtverordnetenbeschlüsse vom 10. Dezember 1911, 18. April 1912, 4. März 1913 und 30. März 1915 zu gewährenden Familienzulagen werden bis auf weiteres als widerrufliche besondere Unterstützungen den Witwen der familienzulageberechtigten Beamten, Angestellten und Arbeiter fortgewährt, auch soweit wegen Nichterfüllung der Wartezeit Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung nicht besteht; b) den Familien der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die als Kriegsteilnehmer im gegenwärtigen Kriege vor Erfüllung der zehnjährigen Wartezeit usw. verstorben sind, wird während der Kriegsdauer der volle Weiterbezug der zu Lebzeiten des Familien-



# Einnahmen und Ausgaben der

Zustände Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder					Bestand bei der letzten Abrechnung	Eintrittsgelder für Mitglieder		Beiträge für Mitglieder				Einkommensteuern	Sonstige Einnahmen	Vor- schuß der Kauffälle	Summe der Einnahmen							
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	männl.		weibl.	à 50 Pf.		à 40 Pf.		à 25 Pf.					à 15 Pf.						
									1916	1915	1916	1915	1916					1915	1916	1915	1916	1915		
1	Angsburg	367	360	7	—	2533	54	5	1791	—	810	—	28	50	23	55	106	—	37	80	60	—	5415	89
2	Berlin	4784	4735	29	—	53840	99	150	22175	60	1365	20	2198	—	281	30	7712	30	1453	59	—	—	80525	79
3	Brandenb. Pomm.	40	408	42	—	3281	15	25	1422	60	632	40	158	25	31	80	311	—	41	90	218	70	6112	—
4	Bremen	1051	1146	—	95	11761	16	10	5475	—	7	20	174	25	32	65	1152	75	207	68	—	—	18925	08
5	Breslau	776	788	18	—	1846	55	29	2855	—	1103	20	266	50	6	—	1288	—	114	75	—	—	7714	—
6	Dresden	1798	1778	—	10	28717	85	22	8321	60	1180	—	252	75	158	55	3204	10	253	39	275	47	4382	67
7	Tüßfeldorf	866	944	—	88	7289	51	18	4257	60	223	60	143	25	6	—	459	35	186	71	34	38	1311	30
8	Frankfurt a. M.	1638	1728	—	90	12074	70	32	7619	60	665	30	698	50	95	10	1235	30	689	46	45	72	23157	74
9	Hamburg	3153	3249	—	96	12900	31	31	17403	—	—	—	456	—	131	80	21290	70	3889	39	—	—	17238	11
10	Hannover	406	535	—	39	5864	22	7	2778	60	239	—	62	—	29	25	240	30	59	02	17	80	9290	24
11	Königsberg i. Pr.	329	332	—	3	883	75	12	1021	60	693	60	8	28	16	85	548	70	22	27	20	70	3102	92
12	Köln	1479	1570	—	91	10324	62	13	7350	—	1461	20	427	25	58	25	847	30	301	63	582	62	21308	27
13	Lübeck	869	945	—	86	11925	09	5	4792	60	256	—	79	25	31	65	724	—	447	51	—	—	17634	15
14	Magdeburg	769	804	—	35	4188	47	11	2518	60	1734	—	95	—	43	80	512	05	83	57	95	52	9282	16
15	Mannheim	1428	1631	—	173	9178	88	34	6318	50	1034	40	506	60	64	50	672	75	228	04	188	96	18235	56
16	München	2118	2078	40	—	21728	64	40	8833	60	1415	20	1407	25	282	81	2472	80	259	48	338	93	36604	10
17	Nürnberg	994	976	18	—	15444	77	8	4311	—	789	80	278	60	140	55	919	40	218	05	653	98	22832	93
18	Strasbourg	546	576	—	30	7446	08	5	2591	—	125	20	281	—	43	80	409	30	155	40	—	—	10689	28
19	Stuttgart	1393	1454	—	57	14729	46	24	8531	—	896	—	380	75	116	35	1362	75	375	70	121	38	24570	89
20	Einzelmitglieder	128	136	—	10	—	—	1	62	60	128	40	191	25	—	—	—	—	8	97	—	—	285	37
Summa		25390	26139	154	903	251516	63	485	119643	—	14069	60	8317	—	1556	25	45391	65	8939	98	2673	33	55340	44
Zm. d. Quartal 1916		29129	29889	57	811	250476	69	481	119885	—	14057	26	7531	76	1477	80	13852	40	4300	34	1088	22	64340	30

## Zusammenstellung der Einnahmen und

1. Quartal	2532	2579	13	—	—	741	—	92	75	11078	50	1378	80	684	75	148	35	44037	30	747	62	3487	67	19264	94
2. Quartal	26801	26522	841	—	—	610	60	113	25	11939	60	1384	80	3917	—	1506	35	14973	65	5333	71	2749	38	19248	24
3. Quartal	26139	25903	—	754	—	481	50	92	60	11895	—	11657	29	734	76	1477	80	4955	40	4390	34	1046	22	19089	71
4. Quartal	2590	28139	—	719	—	495	60	155	50	119843	—	14069	60	8317	—	1556	25	45391	65	8939	98	2673	33	20182	81
Summa	—	—	—	154	1593	—	—	319	50	454	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Gesamtsumme 119254, 83

## Nachfolgend die zum Gau gehörenden Filialen nebst

Die in Klammern beigefügten Zahlen sind

<b>Gau Angsburg.</b> Angsburg (22) 238 Mansbach (2) 2 Leggendorf (9) 8 Angolstadt (5) 4 Kaufbeuren (6) 6 Sempten (4) 40 Vandehut (3) 4 Plattling (6) 6 Wegensburg (45) 46 Straubing (14) 13 Wöllershof (1) 1	<b>Gau Berlin.</b> Groß Berlin (4735) 4764	<b>Gau Brandenb.-Pomm.</b> Pechig (13) 12 Brandenburg (43) 42 Söpenitz (60) 59 Wollbus (17) 22 Frankfurt a. L. (6) 4 Nürtenwalde (17) 13	<b>Gau Breslau.</b> Breslau (715) 725 Breslau Land (16) 1 Landeshut (24) 23 Vogau neu (24) 24 Waldenburg (3) 3	<b>Gau Dresden.</b> Annaberg (3) 3 Bautzen (4) 4 Chemnitz (319) 346 Tscheln (19) 18 Dresden (1104) 1090 Arenberg (69) 67 Görlitz (36) 34 Großenhain (11) 10 Stamenz (2) 1 Zöbichau (7) 7 Reichen (28) 29 Rittweida (34) 29 Riesa (12) 11 Schneeberg (4) 4 Tscheln (10) 10 Jittlau (79) 76	<b>Gau Tüßfeldorf.</b> Nachen (8) 8 Pärmen (127) 108	<b>Gau Trossen.</b> Ebn (42) 42 Ebn (282) 274 Erfeld (9) 8 Dortmund (6) 5 Tuisburg (19) 19 Tüßfeldorf (151) 110 Eberfeld (165) 143 Effen (93) 65 Lagen (19) 19 Ehlig (5) 5 Hemscheid (8) 8 Honsdorf (4) 4 Erlangen (5) 4	<b>Gau Frankfurt a. M.</b> Niedlich (14) 14 Coblenz (14) 14 Eichberg (29) 14 Frankfurt a. M. (849) 775 Frankfurt-Land (12) 12 Friedberg (10) 10 Wiesbaden (82) 84	<b>Gau Hamburg.</b> Hamburg (3249) 3153	<b>Gau Hannover.</b> Bielefeld (95) 81 Braunschweig (60) 56 Cassel (199) 140 Detmold (7) 6 Göttingen (11) 12 Hannover (173) 172 Hildesheim (16) 21 Münden (9) 8 Norden (9) 8 Hohenbünzel (1) — eingegangen	<b>Gau Königsberg.</b> Tanzig (35) 35	<b>Gau Leipzig.</b> Apolda (10) 10 Arnheim (13) 10 Eisenhütten (43) 31 Görlitz (68) 59 Görlitz-Land (42) 42 Görlitz (72) 68 Görlitz (41) 43 Görlitz (162) 163 Leipzig (100) 92 Lützenau (41) 42 Zamschleben (43) 41 Zamschleben (8) 7 Zamschleben (681) 634 Zamschleben (8) 8
---	---	--	---	---	--	---	--	--	---	--	---

## Vermögensverwaltung

des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.  
(Gesellschaft mit beschränkter Haftung.)

Zu der Generalversammlung der Gesellschaft am 12. März 1917 wurde der Geschäftsbericht für 1916 entgegengenommen und die am Schlusse folgende Bilanz geprüft und genehmigt.

Unter Aktiva trat eine Veränderung ein, indem aus den Vermitteln (Bankkonto) der Filiale Hamburg ein mit 4 Proz. verzinsliches Darlehen von 10000 Mk. gegeben wurde. Dieser Betrag erwidert daher unter den Kontokorrent-Debitoren und erhöht dieses Konto gegen das Vorjahr in entsprechender Weise. Die Zinsen betragen sich insgesamt auf 1522,17 Mk.; das Diverses-Konto schloß

mit einem Guthaben von 1,74 Mk. ab. Beide Beträge zusammen wurden nach Abzug von 201,70 Mk. Unkosten (Gerichts- und Notar-gebühren, Steuern usw.) mit 15319,21 Mk. laut § 11 des Gesellschaftsvertrages dem Konto „Verbands-Vorstand“ gutgeschrieben. Letzteres weist infolgedessen unter Passiva einen Vermögensbestand von 429865,32 Mk. aus.

Zu Beginn des Geschäftsjahres versuchte die Veranlagungs-kommission Berlin die Gesellschaft zur Einkommensteuer heranzuziehen. Unter Berufung auf den § 1 des Einkommensteuer-gesetzes, welcher Gesellschaften, deren Einkünfte faktungsmäßig ausschließlich gemeinnützigen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken dienen, von der Besteuerung freigestellt, wurde dieser Versuch schließlich mit Erfolg abgewehrt.

# Gaue im IV. Quartal 1916.

Ver- rechnung	Ausgaben														Auf Kosten der Hauptkasse wurden gezahlt						Summe
	Agitation	Lohn- bewe- gung	Arbeits- losen- Unter- stützung	Krank- Unter- stützung	Sonstige Unter- stützung	Ausstel- lung- beiträge	Wahl- ungs- mittel	Sonstige Aus- gaben	Jahres- gebühren	an Me- mber- gebühren	Summe der Aus- gaben	Steuer- Beitrag	Steuere- Unter- stützung	Krank- Unter- stützung	Arbeits- losen- Unter- stützung	Gemein- schafts- unter- stützung	Frei- willige Unter- stützung	Wahl- ungs- unter- stützung			
1-12	20 90	4	—	7 50	20 80	147 15	—	37 80	80	1995 00	2822 90	2722 90	217 50	615 50	61	—	—	—			
1-12	298 25	402 69	105 00	1008 70	1056 50	493 70	60 34	519 90	—	1945 35	3602 50	3550 15	3512 50	6270 70	404 70	—	87 90	—			
1-12	42 15	—	29 50	55 20	40	184 20	—	57 25	218 50	1724 00	2814 75	3327 25	370	334	18 50	—	5	—			
1-12	25 50	—	—	25	309 35	408 65	11 32	84 30	—	4254 25	6906 42	11921 62	640	690	22 50	—	17	—			
1-12	27 55	21	21	8 50	20	182 00	32 24	19 80	—	3432 01	5564 51	2229 19	54	627 70	116	—	—	—			
1-12	121	45 40	44 00	1439 95	372 83	347 12	12 40	190 02	276 47	811 54	1490 00	2731 70	1932 50	2801	99	—	—	—			
1-12	99 70	—	—	27 47	642 10	256 47	34 28	276 49	34 30	3408 40	6070 12	6543 18	370	948 90	7 50	—	—	—			
1-12	9 20	—	—	114 25	402	300 24	11 70	117 90	45 72	7351 80	11607 40	11650 30	650	2478	—	—	—	—			
1-12	188 06	—	90	649 25	108 02	1454 70	73 78	141 10	—	13351 20	30894 80	13374 20	2825	4040	177 25	22	—	—			
1-12	3	—	—	183 76	228	127 09	3	30 49	17 80	2334 04	3386 03	5884 21	448 70	1080	—	—	—	—			
1-12	33 80	—	—	—	—	10 80	—	19 20	20 70	1246 38	2081 07	1019 80	250	392 70	—	—	—	—			
1-12	93 70	745	30	124 22	333 77	303 88	16 32	115 62	682 42	6987 78	11175 92	10091 30	1427 50	2426 70	95 50	—	—	—			
1-12	37 84	—	—	120 43	1964	828 85	30 70	420 50	—	3876 11	7824 88	9839 40	405	1422	—	—	—	—			
1-12	10	—	1	10	147 50	182	31 85	129 10	95 32	3303 94	5070 70	4292 43	1005	1241 50	—	—	—	—			
1-12	72 81	248 10	—	203	71	388 39	—	128	188 45	5997 61	9328 49	8907 07	1275	2169 70	86	—	—	—			
1-12	69 90	42 50	36	238 62	826 10	621 63	58 20	464 93	338 93	8907 96	14814 28	21761 82	1657 50	3218 50	272 50	—	—	—			
1-12	21 25	—	2 50	221 82	78	480 88	6 58	135 55	653 39	4282 97	8122 88	14710 00	1010	168 50	13 50	—	—	—			
1-12	22 60	—	23	65 17	70 30	30 40	30 40	46 20	—	1970 04	3145 48	7821 80	200	705 50	20 50	—	—	—			
1-12	28 90	90 50	85	144 04	770	352 30	20 88	85 17	121 30	6475 71	10234 88	14336 01	1245	2281 25	48	—	—	—			
1-12	1235	841 44	466 61	5243 91	18190 98	6849 49	457 63	3301 37	2673 33	109383 18	198459 09	354481 30	19741 25	35440 40	1403	22	109 85	—			
1-12	1473 41	586 48	174 24	4365 35	13394 70	6132 37	656 01	5005 07	1098 22	107138 59	188253 07	361516 98	19572 50	29795 20	903 20	63	118 50	—			

## Ausgaben der Gaue für das Geschäftsjahr 1916.

Ver- rechnung	Agitation	Lohn- bewe- gung	Arbeits- losen- Unter- stützung	Krank- Unter- stützung	Sonstige Unter- stützung	Ausstel- lung- beiträge	Wahl- ungs- mittel	Sonstige Aus- gaben	Jahres- gebühren	an Me- mber- gebühren	Summe der Aus- gaben	Steuer- Beitrag	Steuere- Unter- stützung	Krank- Unter- stützung	Arbeits- losen- Unter- stützung	Gemein- schafts- unter- stützung	Frei- willige Unter- stützung	Wahl- ungs- unter- stützung	
1-12	2140 40	320 48	476 41	6217 62	10083 21	6292 11	410 68	2861 86	3187 57	11033 56	20135 91	—	18900	46398 82	2518 50	102 50	—	—	2000
1-12	1450 90	280 85	220 90	4082 21	12 460 00	6565 15	783 47	2301 15	2740 30	10513 38	18840 78	—	18600	23960 00	1111 25	20	18	—	—
1-12	1475 40	580 00	174 20	4305 30	13 384 00	6123 37	656 01	5005 07	1098 22	107138 59	188253 07	—	19572 50	29795 20	903 20	63	118 50	—	—
1-12	1235	841 44	466 61	5243 91	18190 98	6849 49	457 63	3301 37	2673 33	109383 18	198459 09	354481 30	19741 25	35440 40	1403	22	109 85	—	—
1-12	6289 70	2041 41	1346 64	20769 04	68248 81	24839 12	2087 74	13829 47	1008 22	108197 28	278473 48	—	76770 70	141002 50	6006	207 50	246 30	2000	—

Hierzu der Reffenbestand vom 31. Dezember 1916 254481 30  
Gesamtsumme 113264 83

## Mitgliederzahlen am Schluß des IV. Quartals 1916.

Die Mitgliederzahlen vom vorigen Quartal.

Gau Magdeburg.	Gau Mannheim.	Göppingen (48) 50	Schweinfurt (83) 80	Konstanz (32) 31
Altenleben (46) 47	Nagen I (16) 13	Arzling (34) 37	Würzburg (61) 52 <td>Florsheim (67) 70 </td>	Florsheim (67) 70
Burg (15) 12	Nagen II (8) 6	Wadersee (18) 15	—	Neuthingen (9) 9
Cöthen (19) 22	Darmstadt (176) 239	Wünnen (1814) 1897	Gau Straßburg.	Stuttgart (925) 897
Dessau (36) 36	Durlach (15) 12	Wünnen Land (19) 19	Colmar (17) 16	Stuttgart-Land (16) 13
Frankenhausen (6) 6	Franckenbal (20) 19	Wolfsheim (52) 52	Arzberg (103) 109	Lüdingen (5) 4
Halle (8) 7	Göddelau (9) 6	Uthalham (47) - mit	Schweiger (5) 5	Ulm (83) 81
Magdeburg (175) 438	Heidelburg (90) 97	Wünnen vertrieben	Zornach (13) 11	Zuffenhausen (22) 20
Magdeburg-Land (1) 1	Halle-Lautern (74) 72	Trammstein (39) 41	Marbach (6) 5	—
Nordhausen (12) 12	Karlruhe (166) 159	Gau Nürnberg.	Wülhausen i. Glf. (133) 132	Einzelmitglieder der Hauptkassen: (136) 126
Lucdlinburg (15) 14	Landau (28) 39	Amstach (8) 7	Straßburg (283) 256	—
Katzenow (10) 11	Ludwigsbasen (149) 147	Bamberg (41) 39	Straßburg-Land (16) 12	—
Koylau (8) 8	Mannheim (767) 569	Bamrecht (65) 65	—	—
Zangerhausen (20) 20	Mannheim-Land (9) 6	Erlangen (62) 57	Gau Stuttgart.	—
Sondershausen (1) 1	Neustadt (58) 55	Fürth (117) 136	Ehlingen (32) 28	—
Stayfurt (6) 6	Urmalsen (26) 19	Gej (24) 24	Feuerbach (66) 56	—
Stendal (52) 51	Korms (10) 9	Altingen (12) 12	Gmünd (26) 20	—
Wernigerode (30) 32	Gau München.	Almbach (11) 11	Göppingen (37) 35	—
Wittenberg (5) 6	Bad Heidenbach (5) 5	Nürnberg (476) 495	Heidenheim (13) 10	—
Wittenberge (13) 12	Benediktshausen (2) 2	Schwabach (16) 16	Heilbronn (115) 110	—
Jerbitz (26) 24	—	—	—	—

Zusammen: 207 Mitgl.  
mit 25390 Mitgliedern

### Aktiva.

### Bilanz der Vermögensverwaltung am 31. Dezember 1916.

### Passiva.

	RM.	fl.	RM.	fl.		RM.	fl.
Kassenbestand	—	—	40	20	Stammeslagen-Konto	—	20 000
Kaufguthaben	—	—	216 754	47	Konto Verbandsvorstand	—	429 895
Neue Berliner Pfandbriefe	39 000	—	—	—			
Cyporhel Hirsch & Co., Charlottenburg	115 000	—	—	—			
„Paradies“, Pohnsdorf	48 000	—	—	—			
Grundstücke in Muhlisdorf	5 525	—	—	—			
„Volksfürsorge“ Hamburg, Aktien	9 000	—	—	—			
Anteile	1 800	—	—	—			
Tarifein-Generalkommission	4 760	65	—	—			
Finale Hamburg	10 000	—	233 094	65			
Summa	—	—	449 895	32	Summa	—	440 895 32

Berlin, den 12. März 1917.

gez. Emil Buchh.

gez. Gustav Hmann.

gez. Emil Dittmer.

### Abrechnung der Hauptkasse für das Geschäftsjahr 1916.

Einnahme:	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamtsumme	
	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.
Eintrittsgelder	833	75	723	75	674	—	642	—	2778	50
Mitgliederbeiträge	102336	41	104029	21	106538	54	108737	51	421060	71
Ertragsbeiträge aus den Lotterien zur Weihnachtsunterstützung 1915	13361	49	—	—	—	—	—	—	13361	49
„Die Gewerkschaft“	195	02	151	88	156	83	142	22	644	05
„Frauenzeitung“	25	40	31	20	36	—	28	90	121	50
Kalender	1748	50	340	70	31	60	292	80	2329	50
Futterale	20	—	24	—	—	—	4	—	51	—
Rosen	92	89	195	89	257	90	160	55	707	23
Zurückgezahlte Vorküsse der Filialen	3487	57	2749	88	1098	22	2673	83	10008	50
Sonstige Einnahmen	41	91	196	76	582	—	149	19	989	86
<b>Summa</b>	<b>122142</b>	<b>04</b>	<b>108441</b>	<b>77</b>	<b>109207</b>	<b>03</b>	<b>112740</b>	<b>50</b>	<b>452822</b>	<b>24</b>
Hierzu der Bestand vom 4. Quartal 1915										
<b>Summa</b>										
<b>645500,76</b>										

Ausgabe:	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamtsumme	
	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.
Streichunterstützung	—	—	18	—	118	50	109	85	246	35
Gemahregeltenunterstützung	102	50	20	—	63	—	22	—	207	50
Rechtschutz	228	20	172	80	149	20	189	31	739	51
Arbeitslosenunterstützung	2518	50	1111	25	993	25	1103	—	5936	—
Krankenunterstützung	46366	82	29960	05	20795	25	35440	40	111562	52
Sterbeunterstützung	14250	—	16840	—	18612	50	15361	25	60063	75
Weihnachtsunterstützung an die Familien eingezog. Mitglieder 1915	2000	—	—	—	—	—	—	—	2000	—
Sterbeunterstützung . . . . . gefallener	3750	—	2820	—	5760	—	4890	—	16710	—
Agitation durch die Hauptbureau	10992	24	19409	19	10442	31	19014	40	77768	14
„ . . . . . das Hauptbureau	141	85	126	20	248	—	145	49	661	54
Lohnbewegungen durch die Hauptbureau	1204	45	1927	85	1554	70	1545	85	6992	35
Stellennachweis	299	43	313	17	308	67	351	22	1272	49
Teilnahme an Kongressen und Konferenzen	—	—	—	—	1290	00	1250	75	2541	35
Beitrag an die Generalkommission	1166	50	1179	80	1194	30	7000	05	10539	65
An das internationale Sekretariat	—	—	—	—	—	—	1254	75	1254	75
„Die Gewerkschaft“	11394	98	12670	53	11406	09	11727	33	47288	03
„Frauenzeitung“	—	—	329	28	335	56	454	86	1119	69
Unterrichtsliteratur und Bildungsmittel	450	05	617	25	319	55	309	90	1702	75
Literatur	107	11	118	29	74	41	118	55	418	36
Inventar	—	—	—	—	—	—	—	—	189	—
Vorküsse an die Filialen	3487	57	2749	39	1098	22	2673	83	10008	50
Personelle Verwaltungskosten:										
Gehälter	4006	75	4955	—	4900	35	4865	—	19027	10
Sitzungsgelder	758	15	55	75	57	—	71	—	941	90
Versicherungsbeiträge	787	17	600	54	615	92	780	27	3048	90
Familienunterstützung an die Angehörigen	8035	—	7792	—	7919	—	8989	—	32035	—
Sachliche Verwaltungskosten:										
Druckkosten	65	70	152	45	2734	30	2614	50	5560	95
Bureauunterkosten	598	36	24	95	139	80	116	43	890	54
Materialien für die Filialen	482	45	708	50	—	—	708	85	1922	80
Porto	419	10	358	45	690	53	538	55	1912	63
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	2178	44	1507	94	1451	81	1780	38	6998	57
Sonstige Ausgaben	53	40	129	05	112	20	482	25	727	80
<b>Summa</b>	<b>125354</b>	<b>72</b>	<b>106815</b>	<b>07</b>	<b>106215</b>	<b>01</b>	<b>123327</b>	<b>52</b>	<b>461712</b>	<b>32</b>
<b>Schlus:</b> { Einnahme inkl. Bestand . . . . . 645 500,76 RM. Ausgabe . . . . . 461 712,32 RM. Reicht Bestand . . . . . 83 788,44 RM. Bei der Vermögensverwaltung . . . . . 429 896,32 RM. <b>Gesamtvermögen der Hauptkasse . . . . . 613 683,76 RM.</b>										

Berlin, den 13. März 1917.

Revidiert und für richtig befunden. Die Revisoren: Ernst Schröder, Bruno Otto.

(G. Mann, Hauptkassierer.)

### Mitgliederbewegung im Jahre 1916.

	Wachmässige Mitglieder				Zahlende Mitglieder (zu 13 Wochenbeiträgen gerechnet)				Die zahlenden Mitglieder ergeben an % der wachmässigen Mitglieder	
	zu Beginn des Quartals	zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	zu Beginn des Quartals	zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme		
1. Quartal	26 539	26 552	13	—	25 065	23 330	—	1 765	87,87	
2. Quartal	26 552	26 893	341	—	23 330	23 576	246	—	87,67	
3. Quartal	26 893	26 139	—	754	23 576	23 896	310	—	91,39	
4. Quartal	26 139	25 390	—	749	23 896	24 585	689	—	96,83	
<b>Gesamtzunahme 1 149 Mitglieder</b>					<b>Gesamtzunahme 510 Mitglieder</b>					<b>Zur Durchschnitt 90,94 %</b>
— 4,33%					— 2,03%					



### Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse für das Geschäftsjahr 1916 pro Kopf der zahlenden Mitglieder berechnet.

Einnahme	1.	2.	3.	4.	Zusammen
	Quart. Pf.	Quart. Pf.	Quart. Pf.	Quart. Pf.	
Eintrittsgelder	3,6	3,0	2,4	2,6	11,6
Mitgliederbeiträge	438,6	441,3	446,1	442,3	1768,3
Spendenbeiträge der Familien zur Weihnachtsumunterstützung 1915	57,3	—	—	—	57,3
„Die Gewerkschaft“ Frauen-Zeitung	0,1	0,1	0,2	0,1	0,5
Kalender	7,5	1,5	0,1	0,8	9,9
Zuterrate	0,1	0,1	—	—	0,2
Zinsen	0,4	0,8	1,1	0,7	3,0
Jahresgebühre Fortschüsse der Familien	14,9	11,7	4,6	10,9	42,1
Sonstige Einnahmen	0,2	0,8	2,4	0,6	4,0
<b>Summa:</b>	<b>523,5</b>	<b>459,9</b>	<b>457,6</b>	<b>458,9</b>	<b>1899,9</b>

Ausgabe	1.	2.	3.	4.	Zusammen
	Quart. Pf.	Quart. Pf.	Quart. Pf.	Quart. Pf.	
Zentraleunterstützung	—	0,1	0,5	0,4	1,0
Bemächtigtenunterstützung	0,4	0,1	0,3	0,1	0,9
Rechtschutz	1,0	0,7	0,6	0,8	3,1
Arbeitslosenunterstützung	10,8	4,7	3,8	5,7	25,0
Wanternunterstützung	198,7	127,1	124,7	144,1	594,6
Zentraleunterstützung	61,1	71,4	57,0	62,5	252,0
Weihnachtsunterstützung an die Familien eingezogener Mitglieder 1915	8,6	—	—	—	8,6
Zentraleunterstützung an die Familien gefallener Mitglieder	10,1	11,9	24,1	17,8	63,9
Agitation durch die Hauptbureau	85,3	82,3	81,4	77,3	326,3
Agitation durch das Hauptbureau	0,8	0,5	1,0	0,6	2,7
Vorbereitungen durch die Hauptbureau	5,2	6,9	6,5	6,3	24,9
Stellennachweise	1,3	1,3	1,3	1,4	5,3
Zentraleunterstützung an Kongresse und Konferenzen	—	—	5,4	5,1	10,5
Beitrag an die Generalkommission	5,0	5,0	5,0	28,5	43,5
An das internationale Sekretariat	—	—	—	5,1	5,1
„Die Gewerkschaft“	46,8	53,8	48,1	47,7	196,4
„Frauen-Zeitung“	—	1,4	1,4	1,8	4,6
Unterstützung und Bildungsmittel	2,0	2,6	1,3	1,3	7,2
Materialien	0,5	0,5	0,3	0,5	1,8
Inventory	—	—	—	—	0,8
Bauschätze an die Familien	14,9	11,7	4,6	10,9	42,1
<b>Personliche Verwaltungskosten:</b>					
Gehälter	10,7	21,0	20,1	18,0	70,8
Sitzungsgelder	3,3	0,3	0,2	0,3	4,1
Reiseunterstützung	3,4	3,7	2,6	3,2	12,9
Namensunterstützung an die Angehörten	34,4	33,0	38,2	36,2	136,8
<b>Sachliche Verwaltungskosten:</b>					
Druckkosten	0,3	0,7	11,5	10,6	23,1
Büroausgaben	2,5	0,1	0,6	0,5	3,7
Materialien für die Familien	2,1	2,9	0,1	2,9	8,0
Porto	1,8	1,5	2,5	2,2	8,0
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	9,3	6,4	6,1	7,2	29,0
Sonstige Ausgaben	0,2	0,8	0,5	1,7	3,0
<b>Summa:</b>	<b>573,3</b>	<b>452,2</b>	<b>444,7</b>	<b>502,5</b>	<b>1936,7</b>

**W 5 f u h:**

Einnahme pro Kopf des Mitgliedes	523,5	459,9	457,6	458,9	1899,9
Ausgabe	573,3	452,2	444,7	502,5	1936,7
Rechnungnahme	**13,8	*7,7	*12,9	**13,9	**37,1
Das Vermögen der Hauptkasse betrug:	Das Vermögen der Familien betrug:				
am 1. Jan. 1917 p. Kopf 20,90 RM.	am 1. Jan. 1917 p. Kopf 14,42 RM.				
„ 1. 1916 20,22	„ 1. 1916 14,10				
Wahrs mehr 0,68 RM.	Wahrs mehr 0,23 RM.				
Vermögen der Hauptkasse am 1. Januar 1917 pro Kopf . . .	20,90 RM.				
„ „ Familien „ 1. „ 1917 „ . . .	14,42 „				
Wahrs ein Gesamtvermögen pro Kopf 3,22 RM.					

### • Aus unserer Bewegung •

**Wrosheln.** Anfang Januar d. J. richtete die Gewerkschaft unseres Verbandes im Auftrage der hiesigen Kollegen an den Stadtrat und die Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe, in der gebeten wurde, mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung die Stundenlöhne der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter um 10 Pf. zu erhöhen. Da auf diese Eingabe bisher weder eine Antwort erfolgte, noch etwas geschah, den Wunsch der Kollegen zu erfüllen, beantragte eine am 19. d. R. stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung die Gewerkschaft, in der Sache nochmals beim Stadtrat vorzugehen und auf baldige Erledigung der Sache zu drängen. Dieses ist durch Schreiben der Gewerkschaft vom 12. d. M. geschehen. Nun ist sie da! Leider aber

nicht die geforderte Lohnerhöhung, aber doch eine Antwort des Stadtrats an die Gewerkschaft, die so aussieht:

„Auf die Zuschrift vom 12. d. M. erwidern wir, daß wir auf eine Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter zurzeit nicht haben zukommen können, weil dieselben erst im August des verflohenen Jahres eine solche erhalten haben und zurzeit einen Stundenlohn von 43-45 Pf. beziehen. Ein solcher aber dürfte angesichts des Umstandes, daß sogar gelernte Arbeiter, soweit es sich nicht um außergewöhnliche Tätigkeit handelt, nur 50 Pf. erhalten, als angemessen zu bezeichnen sein; auch die im hiesigen Dienst gezahlten Lohnsätze bewegen sich in unannehmlich hoher Höhe. Der Stadtrat.“

Also der Stadtrat hat auf eine Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter zurzeit nicht zukommen können, weil erst im August v. J. eine solche eingetreten ist und die Stundenlöhne 43-45 Pf. betragen. Daß der Stadtrat die vorjährige Lohnerhöhung nicht nennt, geschieht natürlich nur aus Scheu vor der Wahrheit. Man soll aber sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, und da der Stadtrat die Lohnerhöhung nicht näher bezeichnen will, so wollen wir es tun: Die wöchentliche Teuerungszulage beträgt für verheiratete Arbeiter 2 Pf., die Ledigen erhalten gar nichts! Dann hält der Stadtrat Stundenlöhne von 43 bis 45 Pf. für angemessen, weil — andere Arbeiter angeblich auch nicht mehr und gelernte nicht viel mehr erhalten. Daß gelernte Arbeiter heute für solche Löhne arbeiten, wagen wir sehr zu bezweifeln. Aber bei der Beurteilung der Frage, ob die Löhne einer Arbeiterkategorie als angemessen zu bezeichnen sind, ist nicht maßgebend, ob andere Arbeiter auch Hungerlöhne bekommen, sondern maßgebend ist, ob die Arbeiter imstande sind, mit ihren Löhnen sich und ihre Familien zu erhalten. Das ist das Schlimmste in der jetzigen Zeit. Der Arbeiter macht sich breit und immer breiter, die Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgüter steigen ins Unermessliche, aber die Friedenslöhne werden immer noch als „angemessen“ betrachtet. Und daß es bezüglich der Preissteigerung in Wrosheln nicht besser ist als anderswo, das haben wir selbst schon zum Schaden unserer Geldbörse erfahren müssen. Also wir vermögen die Stichhaltigkeit der Gründe, womit der Stadtrat die Forderung ablehnt, nicht anzuerkennen, und der Stadtrat befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, mit seiner Antwort sich aus und die Forderung abgelehnt zu haben. In nächster Zeit werden die Kollegen zur Sache Stellung nehmen.

**Notbus.** Auch die Kollegen im Gaswerk sehen ein, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Schwere Arbeit und wenig Lohn, das reimt sich nicht zusammen und muß zum Nachdenken führen. Natürlich kann, wie allüberall, nur die Organisation Verbesserungen schaffen. Eingaben einzelner Kollegen fallen einfach unter den Tisch. Die Notbuser Gasarbeiter haben das zu verschiedenen Malen erfahren müssen. Das wird anders werden, wenn alle Gasarbeiter einsehen lernen, daß sie nicht abseits stehen dürfen. Die meisten Kollegen im Gaswerk sind nun der Organisation beigetreten, darunter auch einige Frauen. Aber noch immer stehen einige Kollegen abseits. Die zu gewinnen, muß gelingen. Bekommen wurde in einer gutbesuchten Versammlung, eine Eingabe eingereicht und für alle im Gaswerk Beschäftigten 10 Pf. Teuerungszulage zu fordern. Desgleichen wurde eine Eingabe eingereicht, um den Kollegen mehr Nahrungsmittel zugänglich zu machen. Heute besteht der Zustand, daß Kriegsgefangene, die dort arbeiten, besser versorgt werden, wie die freien Arbeiter es sich beschaffen können. Können wir auch den Müssen ihre Not, so muß doch verlangt werden, daß die Kollegen, die die gleiche und noch mehr Arbeit leisten, mindestens dieselben Mengen Nahrungsmittel bekommen. Unsere Eingabe an den Magistrat hatte zur Folge, daß auch die Laternenwärter die Extra-Weihnachtsunterstützung erhalten wie die übrigen Arbeiter, nämlich 30.- RM. Ohne unter Vorbehalt wären die Kollegen um ihre Teuerungszulage gekommen. Sind die Kollegen auch in Zukunft auf dem Boden, dann muß es gelingen, auch für die Notbuser städtische Arbeiterkategorie wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Gerade hier, wo die Arbeiterkategorie nur durch einen Abgeordneten im Stadtparlament vertreten ist, ist festes Zusammenhalten notwendig. Ganz gleich, ob Mann oder Frau, beide wollen leben, beide arbeiten, um sich redlich durchzuschlagen, folglich gehören auch beide in die Organisation.

**Guben.** Am September 1916 hatten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung auf unsere Eingabe hin beschlossen, für die Wintermonate die Kriegszulage um das Doppelte zu erhöhen. Diese erhöhte Unterstützung sollte zum 31. März in Kraftfall kommen. Um dies abzuwenden, machten wir Mitte Februar 1917 eine neue Eingabe an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung und ersuchten, bis auf weiteres die sogenannte Winter-Kriegsteuerungszulage beiseite zu lassen. Dielem Antrag ist nun Rechnung getragen worden. Die Kriegszulage beträgt also weiter für Ledige 10 Proz. des Lohnes, für Verheiratete 16 Proz. und 4 Proz. für jedes Kind, bis zur Höchstgrenze von 40 Proz. des Lohnes. Bemerkenswert sei nur, daß es gerade in Guben möglich wäre, höhere Zulagen zu erwirken, wenn die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen etwas mehr zusammenhielten. Von vielen Beschäftigten muß gesagt werden, es ist nicht ihre Schuld, wenn sie diese Zulagen bekommen.

## • Aus den deutschen Gewerkschaften •

**Eine neue Eingabe der Gewerkschaften.** Wir berichteten in Nr. 11 der „Gewerkschaft“ über die Eingaben der deutschen Gewerkschaften zur Ernährungsfrage. Unterm 1. März ist eine weitere Eingabe an das Kriegsernährungsamt abgesandt, worin gegen die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats zwecks Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise entschiedene Stellung genommen wird. Ferner wird eine erhebliche Ermäßigung der Fleischpreise gefordert. Den Selbstwirtschaftern (Bauern usw.) darf in Zukunft keinesfalls ein erheblich höheres Quantum von Lebensmitteln zum Selbstverbrauch zugestanden werden, als den übrigen Verbrauchern. Die Zentralgewalt auf dem Gebiete des Ernährungswezens soll dem Reich übertragen werden. Die Eingabe ist wieder von sämtlichen beteiligten Zentralinstanzen der deutschen Gewerkschaften und Angestellten-Verbände unterzeichnet.

**Lohnbewegungen im Kriegsjahr 1915.** Wenn die Verbandstürände nach Ausbruch des Krieges beschlossen, alle bestehenden Streiks abzubrechen und während der Dauer des Krieges Streiks nur in den notwendigsten Fällen zu unterziehen, so bedeutete das kein Verzicht auf den Kampf zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ein solcher Verzicht würde den Grundfragen der Gewerkschaften widerstreben. Die im Verlaufe des Krieges eingetretene ständige Steigerung der Ausgabe für die Lebenshaltung mußte die Gewerkschaften folgerichtig veranlassen, eine entsprechende Erhöhung des Lohnes herbeizuführen. Die General-Kommission gibt hiefür eine Darstellung über die im Jahre 1915 von den ihr angeschlossenen Zentralverbänden geführten Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen heraus. Die zur Steigerung der Löhne angewandten Mittel trugen den Zeitverhältnissen insofern Rechnung, als versucht wurde, das Ziel nach Möglichkeiten auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Nur wenn alle Bemühungen vergeblich waren, mußte die Arbeitsverweigerung angewendet werden. Infolgedessen ist die Zahl der Kämpfe nur gering. Ihre Gesamtzahl beträgt 66 mit 221 daran beteiligten Personen, darunter 681 weibliche. Von diesen Kämpfen waren 30 Angriffs- und 30 Abwehrstreiks. Außerdem fanden 6 Aussperrungen statt. An der Durchführung dieser Kämpfe waren 11 Verbände beteiligt. Die Arbeitseinstellungen waren meist nur von kurzer Dauer, in einigen Fällen rechneten sie nur nach Stunden. Die amtliche Statistik berichtet über 137 Streiks mit 11 639 und über 4 Aussperrungen mit 1227 Beteiligten. Ein Vergleich dieser Statistik mit der gewerkschaftlichen ist jedoch nicht angängig, da es sich bei den amtlichen Feststellungen vielfach um Arbeitseinstellungen handelt, die nicht von einer gewerkschaftlichen Organisation herbeigeführt wurden. So wird berichtet, daß nur in 38 Fällen dritte Personen oder Vereinigungen bei der Arbeitseinstellung mitgewirkt und nur in 10 Fällen sie, insbesondere durch Geldmittel, unterstützt haben. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurden von 28 Verbänden geführt. Ihre Gesamtanzahl betrug 3683, sie umfaßten 816 216 Personen gleich 99,7 Proz. der gesamten an den Arbeitskonflikten beteiligt gewesenen Personen. Von den friedlich verlaufenden Bewegungen waren 3171 mit 801 564 Beteiligten Angriffs- und 512 mit 11682 Beteiligten Abwehrbewegungen. Von den gesamten 3749 Bewegungen, mit und ohne Arbeitseinstellung, endeten 2833 mit 484 273 Beteiligten erfolgreich, teilweise erfolgreich waren 783 Bewegungen mit 298 364 Beteiligten, erfolglos blieben 89 Bewegungen mit 13 600 Beteiligten, und von 24 Bewegungen mit 23 230 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt. Die Durchführung sämtlicher Arbeitskonflikte erforderte eine Ausgabe von 86 552 Mk., wovon 9726 Mk. auf Streikunterstützung kamen. Einen Erfolg durch alle diese Bewegungen hatten 731 334 Personen. Von den gesamten Arbeitskonflikten wurden 3691 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Davon 1093 unmittelbar zwischen den einzelnen Unternehmern und ihren Arbeitern und 3598 unter Teilnahme von Vertretern der Unternehmer und Gewerkschaften. In 13 Fällen erfolgte der Abschluß vor dem Eingangsamt, in 29 Fällen vor dritten Parteien und in 21 Fällen wirkten bei dem Vergleich Militärbehörden mit. Als Gesamtergebnis aller Bewegungen ist zu verzeichnen: für 6097 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit von zusammen 33 129 Stunden wöchentlich, für 617 974 Personen eine Lohnerböhung von 1 418 704 Mk. wöchentlich und für 121 320 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ferner konnten verschiedentlich Berücksicherungen abgewehrt werden. Die durch die Tätigkeit der Gewerkschaften erzielten Lohnaufbesserungen werden jedoch durch die statistisch festgestellten Ergebnisse keineswegs erkämpft. Vielfach sind die Gewerkschaften auf zentrale oder lokale Tarife gebunden. Trotzdem wurde mit Erfolg versucht, Teuerungszulagen zu erringen. Einer Reihe von Verbänden war es möglich, die außer den regulierten Erfolgen der Lohnbewegungen erreichten Zulagen ziffernmäßig nachzuweisen. Wie aus dem Bericht ersichtlich, sind die Gewerkschaften auch unter den durch den Krieg veranlaßten erschwerten Umständen nicht müßig gewesen, um mit

Erfolg für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder tätig zu sein.

**Ein gewerkschaftlicher Gedanktag** ist der 14. März, da vor 25 Jahren der 1. Gewerkschaftskongreß in Halberstadt abgehalten wurde. Damals waren kaum 5 Proz. der gewerblichen Arbeiter Deutschlands organisiert, während am Schluß des letzten Friedensjahres 1913 die Zahl auf 23 Proz. gestiegen war, soweit die freien Gewerkschaften beteiligt sind. Damals (1892) wurde das Prinzip der Zentralorganisation anerkannt und die vielen Lokalorganisationen sind seitdem immer mehr zusammengekrumpft. Damals schon erklärte Legien programmatisch: „daß die Gewerkschaftsorganisationen nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen werden, daß sie zurzeit aber wesentlich die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen können. Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnen für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Vereidung und Verumpfung zu bewahren, um so die Masse der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstande zufällt, lösen zu können.“ Aber auch für die Einmütigkeit im Handeln fand Legien schon damals treffliche Worte, die heute wieder besonders hehrigenswert erscheinen: „Jede Uneinigkeit in unseren Reihen gibt dem Gegner eine größere Macht, und nur durch unsere Einmütigkeit werden wir dem wirtschaftlich überlegenen Gegner gegenüber widerstandsfähig bleiben.“ — Wenn gegenwärtig an diesem ehernen Grundsatze hart gerüttelt wird, dann muß ein solches Treiben angeichts der ungemeinen Erhaltung des Kapitalismus durch den Weltkrieg und in Hinblick auf die fürzlich in Berlin vollzogene Vertreibung der Reaktion durch öffentliche Verbrüderung zwischen Großagrarier und Schwerindustrie entschieden zurückgewiesen werden. Die Zeiten, wo niedrige Beiträge leere Kassen bedingten und die gewerkschaftliche Kraft durch demonstrative Proteste und Resolutionen einen äußerlichen Erfolg fand, müssen aber endgültig vorbei sein. Die deutschen Arbeiter werden sonst zeigen, daß sie trotz fünfundsiebenzigjähriger Gewerkschaftsarbeit seit dem Halberstädter Kongreß gar nichts gelernt, indes die Unternehmerrorganisationen ihre Zeit besser verstanden hätten. Braute doch fürzlich die „Zukunft, Arbeit, Arbeitgeber“ folgende Aufforderung zum Festhalten an der Organisation: „Zunehmend gibt es einige, die meinen, auch an dem Verbandsbeitrag eine Kriegserparnis machen zu können. Wir glauben aber, daß dies am falschen Platze gespart ist. Ist der Krieg vorbei, werden voraussichtlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die allerwichtigsten Verhandlungen geführt werden müssen und Anordnungen getroffen werden, die nach Umständen den ganzen Betrieb in neue Bahnen lenken könnten. Wie nötig wird da erst ein eingeführter, mit Geldmitteln versehenen Verband sein, der bei Behörden und Arbeitnehmern für die Interessen der Arbeitnehmer eintritt. Wir wünschen, das sei an dieser Stelle gesagt, gewiß keine Kämpfe mehr, wie wir sie vor dem Kriege gegen die internationale Leitung der Gewerkschaften führen mußten, aber (wie wir hoffen, friedlich-ischiedlich) Auseinandersetzungen werden auch nach diesem Kriege zwischen den Arbeitgeber und der nationalen Arbeiterkraft nicht ausbleiben. Kögen sie stets in dem Sinne geführt werden, daß beide Teile ihr Auskommen dabei finden können und das Gewerbe keinen Schaden leidet. Es möge sich also jeder wohl überlegen, ehe er aus leicht angelegter Sparsamkeit den Bestand des Verbandes gefährdet. Meistens ist es auch schon vom kaufmännischen Standpunkte aus ein Fehler, einem Verband den Rücken zu kehren, der nun über ein ganz ansehnliches Mejerestapital verfügt, das man durch seine Beiträge hat bilden helfen.“ — Diesen Ringerzähl, wie sich die Unternehmer für die Zukunft rüsten, sollen sich alle Arbeiter gut merken. Dem Appell an die Solidarität der Unternehmer müssen sie den gleichen Appell an die unorganisierten und schwankenden Arbeiter entgegenstellen. — Stolz stehen die freien Gewerkschaften heute nach 25 Jahren trotz aller Kriegsnöte da, noch immer einig und geschlossen. Wir erwarten von allen unseren Mitgliedern, daß sie jedem Schädling, der die Zwietschheit in unsere Reihen tragen will, den Weg weisen.

**Der Deutsche Metallarbeiterverband** veröffentlicht neuerdings genaue Angaben über seine Entwicklung seit Beginn des Krieges. Daraus erhellt man, daß die Zahl der Mitglieder am 1. August 1914 533 814, am 29. August 1914 377 786, am 2. Januar 1915 323 566, am 1. Januar 1916 233 107 und schließlich am 30. Dezember 206 627 betrug. Zum Jahre eingezogen waren am 29. August 1914 143 343, am 2. Januar 1915 192 643, am 1. Januar 1916 305 140 und am 30. Dezember 1916 304 195. Arbeitslos wurden am 1. August 1914 13 132 gezählt, am 29. August 1914 73 895, am 2. Januar 1915 12 753, am 1. Januar 1916 2151, am 30. Dezember 1916 1116 Mitglieder. Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, ist die Arbeitslosenziffer rasch gesunken. Vor Ausbruch des Krieges betrug sie 25 Proz., am Ende des ersten Kriegsjahres 19,5 Proz. und ging bis gegen Ende des Jahres 1916 auf 0,5 Proz. zurück. An Arbeitslosenunterstützung wurden in den ersten fünf Kriegsmontaten 1 515 012 Mk., im Jahre 1915 1 020 821 Mk. und im Jahre 1916 nur noch 320 877 Mk. ausbezahlt.

Internationale Rundschau

DK. Dänemark. Bei einer in diesen Tagen in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen stattgefundenen Landesversammlung...

Norwegen. Achtstündige Kommunale Arbeitszeit. Für sämtliche kommunale Arbeiter der norwegischen Hauptstadt Christiania ist nunmehr der achtsündige Arbeitstag...

IK. Schweden. 600 bei der Straßencleaning und dem Abfuhrwesen in Stockholm angestellte Arbeiter haben ihren im Jahre 1912 vereinbarten Tarif gekündigt...

Rundschau

Unsere Verbandsangehörigen im Felde. Da sich in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Neuanschüßungen, Militärentlassungen sowie Umgruppierungen vollzogen haben, geben wir nachstehend wieder einmal eine zusammenfassende Übersicht hierüber...

Berlin ist noch im Lazarett am Orte tätig. Stetter-Stuttgart ist gleichfalls als Nacharbeiter vorerst nach Hamburg entlassen. Strunk-Berlin ist Sanitätsunteroffizier bei einem Armierungsbataillon im Westen...

Die Straßenreinigung.

In der 'Premier Bürger-Zeitung' schreibt Ergo folgende treffliche Betrachtung: Auch in Bremen hatte einst ein jeder vor seinem Hause die Straße zu reinigen. In kleinen Orten ist es heute noch so. Das Sprichwort, nach welchem jeder vor seiner eigenen Tür haken soll, hat also einen unabweidlichen Ursprung...

als Straßenreinigungsinnen in den Dienst der Allgemeinheit stellen und stellen müssen. Aber gerade deswegen kann ich ohne Aufmerksamkeit nicht an ihnen vorübergehen. Im Dienst der öffentlichen Gesundheitspflege stehend, kann ihre Tätigkeit für sie selbst nicht gerade die Gesundheit fördern. Ob Staub oder Risse, das Pensum muß geschafft werden; je größer der Schmutz, um so intensiver die Arbeit. Die Straßenreinigungsinnen kann von Berufs wegen nicht Mühsicht nehmen auf geschmackvolle Kleidung, sie kann es nicht einmal auf körperliche Wohlfahrt. Ob sie Verlangen hat nach Besseren? Ich weiß es nicht. Aber warum sollte sie nicht? Es bildet sich wohl niemand ein, zum Straßenfegen gebohren zu sein. Not ist das härteste Gebot! Mögen nun die dummen Leute lachen, mögen andere über die Straßenreinigungsinnen hinwegsehen, ich aber möchte ihr an dieser Stelle, in dem Blatt der Arbeit und der Arbeiter, ein paar bescheidene Worte der Hochachtung gewidmet haben.

**Der männliche und der weibliche Arbeitsmarkt.** Das „Reichsarbeitsblatt“ läßt für den Januar die Entwicklung hier in folgender Darstellung erscheinen: Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Februar 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. Januar gegenüber insgesamt eine Abnahme um 3556 Beschäftigte oder 0,44 Prozent (gegenüber einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,38 Prozent im Verlaufe des vorhergehenden Monats). An dem Rückgang der Beschäftigung sind allein die Männer beteiligt, die eine Abnahme um 11 128 oder 1,16 Prozent (gegenüber einer Verminderung um 0,62 Prozent im Monat zuvor) zu verzeichnen haben. Die weibliche Beschäftigung hat eine Zunahme um 10 865 oder 0,29 Prozent aufzuweisen, während im Verlaufe des Monats Dezember eine Abnahme um 0,55 Prozent eingetreten war. Im Vergleich zum Vorjahr ist im Vertriebsmonat zwar der Rückgang der männlichen Beschäftigung etwas erheblicher gewesen, doch zeigt auch die Gestaltung des weiblichen Arbeitsmarktes eine etwas härtere Zunahme als im Januar 1916. Die Kriegsgesangenenarbeit ist in der Krankenkassenstatistik nicht einbezogen. Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt für das männliche Geschlecht ein Steigen des Andranges der Arbeitsuchenden erkennen, während auf dem weiblichen Arbeitsmarkt der Stand der Bewerbungen weiterhin gesunken ist. Im Januar kamen bei den Männern 61 Arbeitsuchende (gegen 58 im Vormonat) auf je 100 offene Stellen, während beim weiblichen Geschlechte sich der Andrang von 123 Arbeitsuchenden bei je 100 der gemeldeten offenen Stellen auf 115 verminderte. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Nachbarländern. Im Januar 1917 waren nach den von 37 Nachbarländern dem „Reichsarbeitsblatt“ über 795 962 Mitglieder gemeldeten Zahlen 13 224 Arbeitslose vorhanden. Das ist ein Prozentverhältnis von 1,7 gegen 1,6 im Dezember 1916 und 2,6 im Januar 1916. Der Berliner Arbeitsmarkt für den Monat Januar betrug auf 100 offene Stellen 79 Männer und 94 Frauen. Krankenkassenmitglieder am 1. Februar 1917: 11 591 Männer und 16 700 Frauen. Interessant ist auch folgendes: In der weiblichen Abteilung des Zentralarbeitsnachweises kamen 6489 offene Stellen zur Meldung, im Vorjahre 3777. Auf 100 offene Stellen entfielen 134 arbeituchende Personen, im Vorjahre 240 und im Vormonat 102. Wenn der Januar des Vorjahres im Zeichen der Arbeitsbeschränkung stand, so setzte im Vertriebsmonat eine bedeutende Nachfrage nach Metallarbeiterinnen ein. In der chemischen Industrie wurden die männlichen Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt. Aber auch ungelernete Arbeiterinnen wurden reichlicher als im Vorjahre verlangt. Einen Rückschlag zeigt nur die Seereschifffahrt, die nur den zehnten Teil der im Vorjahre besagten Arbeitskräfte verlangte. Der Durchschnittslohn betrug 22,13 Mk. gegen 16,21 Mk. im Vorjahre. Das Angebot von Dienstmädchen ging wesentlich zurück, was auf die löhrende Beschäftigung in den Fabriken zurückzuführen sein dürfte.

**Zwecks Einführung des Siebennuhr-Lebenschlusses** für die Zeit auch nach dem Kriege, hat der Zentralverband der Handlungsgelassen bei seinen Berufsunterstützten eine Unterbreitensammlung veranstaltet. Über 100 000 Unterbreitens sind dem Reichstag bereits übermittelte worden. Der genannte Verband hat auch Zuzimmungsbeschlüsse von Geschäftsinhabern eingeholt. Einige Tausend solcher Zuzimmungen von Inhabern großer und kleiner Geschäfte liegen vor. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

**Die Berliner Humboldt-Akademie Freie Hochschule** veröffentlichte ihren Vorlesungsverzeichnis für das zweite Lehrvierteljahr April—Juni 1917; neben den Geistes- und Naturwissenschaften ist ein besonderes Augenmerk auf die Pflege der angewandten Naturwissenschaften und auf die fremden Sprachen gelegt worden. Gleichzeitig werden besondere Vorlesungen und Führungen für die Arbeiter von Groß-Berlin angezeigt. Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule, die jetzt sämtliche Dozenten der früheren beiden Hochschulen umfaßt, zeigt sich bei ihrem Programm von dem Streben getrieben, eine Volkshochschule für Männer und Frauen jeden Standes zu werden. Vorlesungsverzeichnisse und Vorträge in Geschäftlichen vieler Vereine, in Buchhandlungen und Kaufhäusern; Hauptbüreau Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 53-55 II. 10—12, 1—5. Zentrum 4880.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. K. Mann, Fernvertriebsstelle G. M. Müller, beide Berlin W. 57, Bismarckstr. 24. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 65, Lindenstr. 3.

### Frage.

Wie eine Kette ohne Ende gehen die Tage ins Land,  
 Kehren wieder und wieder im ewigen Lauf,  
 Führen zur Ewigkeit, vorbei an der Erde Hand,  
 Lebenhinab — lebenhinan;  
 Wie die ruh'lose Welle zum hemmenden Strand.

Kam' doch ein Tag und brächte den Frieden her,  
 Der noch der Menschheit nur wie ein lichter Traum,  
 Der Millionen harrender Herzen dröhnig Begehrt,  
 Schön wie der Sonne Gold, wie der Frühling im blühenden Baum,  
 Jägernder Tag, wo man zwingt du die eiserne Wehr?  
 Ernst Zimmer, im Neide.

### Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Gemeinde“, Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik, Wien V, Rechte Wienzeile 97. Das Heft 11/12 (Doppelheft des vierten Jahrganges) ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Franz Ebert, Zur Bodenverwertung; Rundschau: Gemeindliche Kriegsfürsorge, Gemeindefest, Gemeindefestauswahl, Gemeindefestspiele, Schule und Bildung, Wohnungswesen, Gesundheitspflege, Nahrungsmittelversorgung, Armen- und Wohlfahrtspflege, Verkehrswesen, Gemeindefestspiel, Die Sozialdemokratie in der Gemeinde, Unsere Gegner, Chronik, An unsere Leser. — Bezugspreis: ganzjährig 3 Kronen, halbjährig 1,50 Kronen, Preis des vorliegenden Doppelheftes 50 Heller.

„Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf.“ Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen und in einen Beruf eintreten, empfehlen wir diese kleine Schrift von Dr. J. Jabel. Es gibt kaum eine zweite Frage, die so tief in das Leben des Arbeiters einschneidet, wie die Frage der Berufswahl. Die Lebenshaltung, innere Vorbereitung, die Möglichkeit der Gründung und Erhaltung einer Familie, alles hängt von der richtigen Wahl des Berufes ab. Dazu kommt aber auch die körperliche Eignung, die heute leider nur eine untergeordnete Beachtung findet. Alle diese Fragen sind in dem kleinen Heft behandelt, das in allen Parteibuchhandlungen für 20 Pf. zu haben ist oder gegen Einsendung von 25 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 65, Lindenstr. 3, bezogen werden kann.

„Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.“ Dieser Führer durch die gesetzlichen Bestimmungen wird in einigen Tagen wieder neu herausgegeben. Wir machen die Interessenten auf das Wichtige erneut aufmerksam. Verlag Vorwärts Buchhandlung.

### Totenliste des Verbandes.

**Johann Fröhling, Altona**  
 Laternenwärter

† 25. 2. 1917, 67 Jahre alt.

**Willy Garschinski, Berlin**  
 Reichendiener

† 14. 3. 1917, 62 Jahre alt.

**Ernst Griekbach, Dresden**  
 Arbeiter

† 10. 3. 1917, 71 Jahre alt.

**Paul Hand,**  
 Hamburg-Vergedorf

† 4. 3. 1917, 62 Jahre alt.

**Karl Knoll, Zwickau**  
 Arbeiter

† 11. 3. 1917, 54 Jahre alt.

**F. A. Schumann, Zwickau**  
 Arbeiter

† 9. 3. 1917, 39 Jahre alt.

**Hubert Witz, München**  
 Buchhändler

† 14. 3. 1917, 62 Jahre alt.

**Karl Winkelmann, Leipzig**  
 Mohrleger

† 11. 3. 1917, 52 Jahre alt.



### Opfer des Weltkrieges:

**Heinrich Bruns, Altona**

am 4. März 1917 im Alter von 45 Jahren im Lazarett gestorben.

**Joh. Borkelmann, Hamburg**

am 1. Februar 1916, 32 Jahre alt, i. russ. Gefangenschaft gest.

**Theodor Dietsche, Breslau**

am 24. Januar 1917 im Alter von 46 Jahren im Lazarett gest.

**Georg Wollers, Berlin**

am 25. Februar 1917 im Alter von 37 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!